

Jungdemokrat, Parteichef Scheel*: Aufmarsch von links

Auseinandersetzung, wenn nötig, mit knappsten Mehrheiten austragen müssen, auch wenn wir dabei Leute verlieren. Eine Stimme Mehrheit ist eine Mehrheit. Sie reicht mir."

Im krampfhaften Bemühen, sich für ein Wähler-Mixtum aus Beamten und Berufssoldaten, aus Ex-PGs und HJ-Romantikern, aus Kleinbauern und Großindustriellen, aus Alt- und Neuliberalen gleichermaßen attraktiv zu halten, suchte die FDP seit je eine kompromißlerische Mittellinie zu halten.

Ob allerdings just der großbürgerlich orientierte Scheel, der in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen hat, die FDP als Wirtschaftspartei erscheinen zu lassen, den Liberalen eine politische Zukunft gewinnen kann, ist zweifelhaft.

Wenn nicht zufällig im Oktober letzten Jahres der von rheinischem Klüngeldenkern nicht angekränkelte Soziologe Dahrendorf der kopflosen FDP als Mitglied des Stuttgarter Ortsverbandes beigetreten wäre, hätte das Parteitagmanagement sich schwer getan, in Freiburg einen Rednerstar für das politische Grundsatzreferat („Politik der Liberalität statt Bündnis der Unbeweglichkeit“) zu präsentieren.

Denn der nach acht Amtsjahren abtretende Mende lieferte letzte Woche nicht mehr als eine selbstgefällige Bilanz eigener Verdienste. Der antretende Scheel wagte sich nicht über nebulöse Andeutungen neuer FDP-Politik hinaus.

Der unverändert zerstrittene Zustand der Partei offenbarte sich am Dienstag und Mittwoch letzter Woche in der Freiburger Stadthalle bei den Wahlen zur neuen Parteilspitze.

* Auf dem FDP-Parteitag in Freiburg.

Begeistert von seinem neuen Messias Dahrendorf, faßte das Parteivolk Mut und wählte ins neugegründete Parteipräsidium eine für oppositionelle Zwecke zugkräftige Mannschaft, die freilich den Bürgerblock-Anhängern als zu links erschien. In Stichwahlen schlug der schwäbische Radikaldemokrat Karl Moersch den niedersächsischen Konservativen Carlo Graaff, und der linksliberale Berliner Justizsenator Hans-Günter Hoppe obsiegte über den bayrischen Nationalisten Dietrich Bahner.

Nachts in der Bar des Freiburger Vorstand-Hotels „Colombi“ schworen



Ehepaar Lübke auf der Grünen Woche
Diplomatische Mission

bei schottischem Whisky und tschechischem Urpils zwei FDP-Rechtsaußen, der niederschlesische Vertriebene Heinz Starke aus Schweidnitz und der einstige böhmische HJ-Gebietsführer Siegfried Zoglmann, deutsch-nationale Rache. Starke: „Wenn diese Herren so weitermachen wie heute mit dem Präsidium, dann hat die CDU bald die absolute Mehrheit, die ihr jetzt noch fehlt.“

Anderntags, bei den Wahlen zum Bundesvorstand, vollführte die Partei wieder den altbekannten FDP-Balanceakt zwischen links und rechts und kompensierte die Wahl der progressiven Hildegard Hamm-Brücher mit dem konservativen Starke, die Wahl des neoliberalen Dahrendorf mit dem altnationalen Zoglmann.

Siegfried („Friedel“) Zoglmann glaubt denn auch, das Schicksal der Partei trotz Dahrendorfs Aufmarsch von links doch noch zum Rechten wenden zu können: „Ich werfe die Flinte nicht ins Korn, denn die brauche ich ja noch. Wissen Sie wozu? Zum Schießen!“

LÜBKE

I am

Das Gesicht gerötet, reichte Badens blonde Weinkönigin Gertrud Basler dem Bundespräsidenten mit zitternder Hand den Willkommenstrunk. Heinrich Lübke tadelte die Zaghafte: „Na, Sie sind wohl betrunken?“ Dann griff er nach dem Pokal.

Von hinten jedoch flüsterte Lübkes persönlicher Referent Dr. Hermann Sehrbrock protokollarische Bedenken: „Herr Präsident, Sie haben bei der deutschen Weinkönigin abgelehnt, da können Sie hier auch nichts trinken.“

Lübke ließ die Hand sinken und repetierte: „Ich habe vorher abgelehnt, da kann ich hier auch nichts trinken.“ Das deutsche Staatsoberhaupt wandte sich von Gertrud Basler ab und begab sich — vorletzten Sonnabend während der Grünen Woche in Berlin — auf diplomatische Mission zu den ausländischen Ständen.

Bald fesselte spanischer Tarragona des Präsidenten Blick. Ein Mundschenk in Schwarz mit roter Schärpe schöpfte den Trank mit einer langstieligen Kelle in geschliffene Gläser. Wilhelmine Lübke nippte, und ihr Mann klärte den spanischen Botschafter José de Erice auf: „Das war ein Torero.“ Das höfliche Nein des Diplomaten ließ der Präsident nicht gelten: „Es war doch ein Torero.“

Bei einem Schluck Wein und einer süßen Mandel am Stand Zyperns wurde Heinrich Lübke politisch. Den Regierungsvertretern der unruhigen Mittelmeer-Republik legte er nahe: „Nun sehen Sie mal zu, daß Sie auf Ihrer Insel endlich Frieden kriegen.“ Die Zypriern bedankten sich mit einer viereinhalbtausend Jahre alten tönernen

nen Vase. „Die muß ja ein Vermögen gekostet haben“, bestaunte Lübke das Geschenk aus Museumsbeständen.

Lange verharnte der Präsident vor dem Prunkstück des Israel-Pavillons, einer vier Meter langen Nachbildung der Arche Noah, auf der sich ein halbes hundert Stofftiere mechanisch bewegte. „So eine Arche“, riet er wenig später dem römischen Agrar-Staatssekretär Mario Vetrone am Italien-Stand, „sollten Sie auch aufstellen, dann wäre hier mehr los.“

Am tunesischen Stand fand der prominente Rundgänger keinen angemessenen Gesprächspartner und schritt weiter. Noch in Hut und Mantel eilten Tunesiens Landwirtschaftsminister Ben Osman und seine Begleitung dem Präsidenten nach, aber sie fanden keine Gnade mehr. Lübke: „Dann müssen Sie sehen, daß Sie das nächste Mal früher aus den Betten kommen.“

Mit angelsächsischer Pünktlichkeit dagegen harrten die Briten des hohen Besuchers, dessen Laune sich sichtlich verbesserte. Lübke setzte zu einem Lob an: „I am, I am...“ und stockte. Dann bat er seine sprachkundige Frau um Hilfe: „Sag ihnen doch, daß ich mich freue.“

Lübkes Freude über Englands grüne Boten, die mit einem vollständigen Sortiment Landesprodukte ihre EWG-Tauglichkeit nachzuweisen suchten, muß beträchtlich gewesen sein. Vom Parlamentarischen Staatssekretär im britischen Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei James Hoy schied er mit den Worten: „Auf Wiedersehen, Herr Premierminister.“

KONJUNKTUR

PROGNOSEN

Falsche Noten

Mit Inseraten unter der Kennziffer M Z 218 suchte Bundeswirtschaftsminister Karl August Schiller, 56, „Diplomvolkswirte, Höchstalter 35 Jahre“. Sie sollten sich bei ihm als wissenschaftliche Mitarbeiter für die zukunftsdeutende „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ bewerben.

Schillers junge Wahrsager (Staatsexamen: mindestens „befriedigend“) sind dazu ausersehen, zuverlässigere Daten über die voraussichtliche Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zu gewinnen als bisher. Denn 1967, so fand das Deutsche Industrieinstitut in Köln, war ein „Rekordjahr der Fehlprognosen“.

Den Anfang hatten sechs führende deutsche Konjunkturforschungsinstitute mit ihrer Gemeinschaftsprognose vom Herbst 1966 gemacht*. Sie stellten für das Jahr 1967 einen Wegweiser auf, der Westdeutschlands Unternehmern, Kaufleuten und Ver-

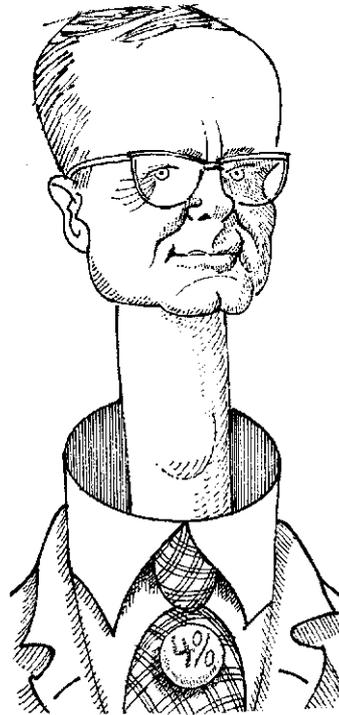
* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin), Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München), Institut für landwirtschaftliche Marktforschung (Braunschweig), Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen), Institut für Weltwirtschaft (Kiel).

brauchern eine vergleichsweise bequeme Wanderung entlang der Abhänge des Konjunkturtales verhiel.

Real, das heißt ohne Preiserhöhungen, sollte laut dem herbstlichen Orakel Westdeutschlands Bruttosozialprodukt von Januar bis Juni 1967 um 2,3 Prozent wachsen, von Juli bis Dezember sogar um 2,9 Prozent.

In Wahrheit aber wuchs im Unglücksjahr 1967 nichts mehr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer plumpsten schmerzhaft auf die Talsohle der Konjunktur:

- ▷ Die Zahl der Arbeitsplätze sank um 700 000;
- ▷ die Zahl der Arbeitslosen stieg um 300 000;
- ▷ Löhne und Gehälter stagnierten bei 243 Milliarden Mark;



Industriekurier
Mister 4-Prozent

- ▷ die Unternehmergewinne schrumpften um mehr als vier auf 115 Milliarden Mark.

Als das offizielle Statistische Bundesamt die Scherben des vergangenen Jahres im Januar 1968 vorläufig sichtete, stellte es fest: Statt zuzunehmen, hatte sich das reale Sozialprodukt sogar um 0,5 Prozent verkleinert.

Nicht nur die herbstliche Privatprognose indes, auch die sogenannte Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministers (vom Februar 1967) selbst war danebengegangen.

Karl Schiller hatte mit zwei Prozent realem Wirtschaftszuwachs gerechnet. Und noch im Sommer 1967 glaubte das Münchner Ifo-Institut aus einer Umfrage bei Unternehmern Anzeichen für einen Aufschwung herauslesen zu können.

Dr. Otto Vogel, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Industrieinstituts, bescheinigte den Propheten auch ein im Detail „kümmerliches Ergebnis“. Das Wirtschaftsministerium zum Beispiel habe erwartet, daß die Lagervorräte um 2,2 Milliarden Mark zunehmen würden. Tatsächlich aber nahmen sie um vier Milliarden Mark ab, weil Bonn die Wirtschaft monatelang über die steuerliche Entlastung der sogenannten Altvorräte im ungewissen ließ.

Insgesamt schätzte die Bundesregierung das Bruttosozialprodukt des Jahres 1967 um 18 Milliarden Mark zu hoch ein, und ihr Wirtschaftsminister mußte seine „konzertierte Aktion“ nach falschen Noten spielen.

Verärgert suchte Karl Schiller nach Schuldigen, die sich nicht an seine Zielprojektion gehalten hatten. Er fand sie schließlich außerhalb Bonn. Länderchefs, Stadtväter und Dorfschulzen hätten, so rügte Schiller in seinem Jahreswirtschaftsbericht, nicht genug Schulden gemacht. Sie seien „vor allem“ an dem Debakel schuld.

Im selben Bericht freilich, der in der vergangenen Woche an die Abgeordneten des Bundestages verteilt wurde, wird deutlich, daß die Propheten wenig Lehren aus der Panne im letzten Jahr gezogen haben.

Drei Institute, an ihrer Spitze Ifo in München, sagen der deutschen Wirtschaft für 1968 üppiges Wachstum um nicht weniger als reale fünf Prozent voraus. Das Berliner Institut für Wirtschaftsforschung veranschlagt den Zuwachs auf drei Prozent.

Während des Streits über die Höhe der Investitionssteuer (SPIEGEL 5/1968) übertrumpfte Finanzminister Franz-Josef Strauß mit den Münchner Zahlen die Berliner Daten des Kollegen Schiller. Das Kabinett hielt eine Steuersenkung als zusätzlichen Konjunkturauftrieb für unnötig. Schiller selbst erwartet einen Anstieg um vier Prozent.

Zu den beiden Instituten haben die rivalisierenden Minister jeder für sich denkbar beste Kontakte:

Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München (Prognose 5,1 Prozent Zuwachs) ist Professor Karl Maria Hettlage, Staatssekretär bei Strauß. Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Prognose nur drei Prozent) in Berlin ist Dr. Klaus Dieter Arndt, Parlamentarischer Staatssekretär bei Schiller.

„Erforderlichenfalls“ will Schiller dieses Jahr der Verwirklichung seiner Zielprojektion „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ selbst nachhelfen. In seinem Haus wurde deshalb eine neue Unterabteilung I d mit vier Referaten eingerichtet.

Für monatlich 1845 Mark Gehalt, Ortszuschlag und Aufwandsentschädigung sollen die gesuchten Diplomvolkswirte in dieser Abteilung nicht nur die wirtschaftliche Zukunftsrechnung aufmachen, sondern auch auf konjunkturstützende Maßnahmen sinnen.